

Rezensionen

Peter Clausing: *Die grüne Matrix. Naturschutz und Welternährung am Scheideweg*. Münster: Unrast 2013, 155 Seiten

Die „grüne Matrix“ stellt ein Modell oder eine Vision dessen dar, in welcher Weise eine auf die Sicherung der Welternährung bedachte Landwirtschaft und ein auf die Erhaltung der Artenvielfalt bedachter Naturschutz nebeneinander dauerhaft bestehen könnten, ohne sich gegenseitig das knappe und ständig weiter verknappte, zu bewirtschaftende Land streitig zu machen. Das vom Autor vorgestellte Gegenbild zu dieser Vision ist eine kapitalintensive Landwirtschaft mit monokulturellen Anbauflächen, die mit einem „festungsartigen“ Naturschutz kombiniert ist, dessen Ziel darin zu bestehen scheint, Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen, damit eine gedachte „Natur“ für künftige Generationen erhalten werden kann. Es beschwört eine unmittelbare Konkurrenz zwischen der Widmung verfügbarer Flächen für Landwirtschaft und für den Naturschutz herauf. Diese Konkurrenz soll in den Augen der Befürworter dieses Modells dadurch entschärft werden, dass es durch die Steigerung der Hektarproduktivitäten im Sinne einer Weiterentwicklung der „grünen Revolution“ zur einer Verringerung der für die Landwirtschaft benötigten Flächen kommt. Die dann frei werdenden Flächen könnten dem Naturschutz übergeben werden. Mit anderen Worten: Das agrarindustrielle Modell setzt im Unterschied zum Konzept eines „land sharing“ zur Herstellung einer „grünen Matrix“ auf „land sparing“. Mit der „grünen Matrix“ soll

eine wesentliche Schwäche des Naturschutzes in Form isolierter Naturschutzparks überwunden werden. Denn diese konventionelle Naturschutzstrategie führt zu einem Mangel an genetischem Austausch zwischen den Schutzgebieten, der nur begrenzt durch „ökologische Korridore“ überwunden werden kann. Demgegenüber sollen nach dem Konzept der „grünen Matrix“ die nach agroökologischen Prinzipien bewirtschafteten Flächen selbst als Übergangsräume zwischen den dem Naturschutz gewidmeten Flächen dienen.

Leider deutet Peter Clausing das Konzept der „grünen Matrix“ nur auf wenigen Seiten aus, unter anderem, weil es kaum praktische Erfahrungen mit ihm gibt. Stattdessen widmet er sich in eher lockerer Reihung einzelnen Problemkomplexen. Das erste Kapitel „Land Grabbing“ thematisiert die Verdrängung der in Schutzgebieten ansässigen Bevölkerung, die in älteren Schutzgebieten häufig die Form gewaltsamer Vertreibungen annahm. Derartige Vertreibungen fanden häufiger in afrikanischen Schutzgebieten statt, während in Lateinamerika ein großer Teil der ausgewiesenen Naturreservate von Menschen bewohnt bleibt. Im subsaharischen Afrika verzeichnen insbesondere private Schutzgebiete einen rasanten Zuwachs. Clausing gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zur Verdrängungsproblematik und zur Frage der Kompensationen bzw. der Einkünfte, die den ehemaligen Nutzergruppen u.a. durch den Tourismus, durch „Umweltdienstleistungen“, durch Jobs in der Schutzgebietsverwaltung oder in der Agroforstwirtschaft entstehen. Insgesamt ist, wie ein leitender

Mitarbeiter des WWF in Tanzania formuliert (137), eine „allgemeine Feindschaft lokaler Gemeinschaften gegenüber dem Naturschutz“ zu beobachten, die aus den regelmäßig gebrochenen Versprechen bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten erwächst. Naturschutz angesichts einer feindseligen Bevölkerung ist jedoch zum Scheitern verurteilt. Auch der sog. gemeindebasierte Naturschutz, bei dem die lokalen Nutzergruppen an der Planung und den Erträgen der Schutzräume beteiligt werden sollen, dient kaum einer „Linderung der Armut“, sondern tendiert dazu, bestehende soziale Ungleichheiten in der lokalen Bevölkerung zu verstärken. Einen besonders scharfen Blick wirft Clausing auch auf eine mögliche Beteiligung von Naturschutzorganisationen wie dem WWF an den Verdrängungen von Nutzergruppen. Diese Organisationen bleiben jedoch in der Regel im Hintergrund und überlassen direkte Vertreibungsaktionen anderen Akteuren.

Im zweiten Kapitel „Land Sparing“ setzt sich Clausing mit den Befürwortern „eines Naturschutzes ohne Menschen“ auseinander. Diese wollen durch Intensivierung der Landwirtschaft, insbesondere auch durch den Einsatz gentechnologisch veränderter Pflanzen Platz für den Naturschutz schaffen. Offen bleibt in den von ihnen vorgelegten Rechnungen, in welchem Umfang in Zukunft Energiepflanzen für Agrotreibstoffe landwirtschaftliche Flächen in Anspruch nehmen werden. Clausing kritisiert die wissenschaftliche Parteilichkeit bei der Propagierung des Konzepts einer „nachhaltigen Intensivierung“, denn dieses Konzept sei nicht in der Lage, vermutete Ertragssteigerungen pro Hektar mit dem steigenden Ressourcenverbrauch und der

steigenden Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit zu bilanzieren. Zudem sei die Bekämpfung des Hungers im globalen Maßstab keine Frage des absoluten Umfangs der Nahrungsmittelproduktion, sondern seiner Verteilung.

Einen größeren Raum widmet Clausing auch der Diskussion der Frage einer Wiederbewaldung. So scheinen die Entwaldungsraten im letzten Jahrzehnt rückläufig zu sein, wobei neben Europa auch Asien nun einen Zuwachs an Wäldern verzeichnen kann. Ursachen und längerfristige Tendenzen sind jedoch nur schwer auszumachen. Während einige reiche Staaten durch Holzimporte die eigenen Bestände schonen können, schreitet in anderen die Waldzerstörung auch durch Umwandlung in Agrarflächen weiterhin fort. Der These, dass eine steigende Urbanisierung die Entwaldung verlangsamen oder langfristig gar zu einer Wiederbewaldung (*forest transition*) führen könnte, begegnet Clausing mit Skepsis, zumal hinter der These die fragliche Behauptung stehe, dass vor allem die ressourcenarme Landbevölkerung für Entwaldung verantwortlich sei.

Unter der Überschrift „Greenwash statt Nachhaltigkeit“ entwickelt Clausing im dritten Kapitel eine Kritik an der Rolle internationaler Organisationen, die wie der WWF den Naturschutz auf ihre Fahnen geschrieben haben, bei der Legitimierung der industrialisierten Nahrungsmittelproduktion und des industrialisierten Naturverbrauchs. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen der *Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl* (RSPO) und der *Round Table on Responsible Soja*, in denen der WWF nach Clausing eine treibende Kraft darstellt. Das Zertifizierungssystem von RSPO zeigt für Clausing gravierende Mängel

und ist wiederholt in die breite internationale Kritik geraten. Nach Vorstellungen des WWF sollen jedoch bis 2015 gut 25 Prozent allen verkauften Palmöls durch RSPO zertifiziert sein. Ähnlich problematisch sieht Clausing die Rolle des WWF bei der Legitimierung von gentechnisch manipulierten Sojabohnen. Dadurch werde der WWF zum Fürsprecher von Monsanto. Ähnliche Entwicklungen sind bei den runden Tischen für *Bessere Baumwolle* (*Better Cotton Initiative*, BCI), *Besseren Zuckerrohr* (*Better Sugarcane Initiative*, BSI) oder *Nachhaltigen Biotreibstoff* (*Round Table on Sustainable Biofuel*) zu beobachten, da sie für viele Regierungen staatliche Regelungen überflüssig erscheinen lassen (89). Auch das BMZ bescheinige den runden Tischen in einem Strategiepapier von 2012 u.a. die Berücksichtigung der Aspekte von Landmanagement und Landrechten und sehe die freiwilligen Leitlinien und Prinzipien als wichtigen Schritt an, der aber bei Weitem nicht ausreiche. (90). Die runden Tische erzeugen nach Clausings Auffassung einen diffusen Nachhaltigkeitsdiskurs, der eine Durchsetzung verbindlicher Regeln vor Ort erschwere und großen Unternehmen wie Unilever oder PT Smart, beide Mitglied im RSPO, ein *business as usual* gestatte.

Das vierte Kapitel „Die grüne Matrix“ bietet weniger eine Darstellung des Konzepts, sondern eher eine Demonstration der Potenziale eines agro-ökologischen Landbaus. Hierbei stützt sich der Autor auf die Meta-Analysen von Pretty u.a. (2006) und Badgley u.a. (2007), die hunderte von Studien, teils experimenteller Natur, zum Ertragspotenzial von konventionellen und agro-ökologischen Anbaumethoden für verschiedene Pflanzen

(Getreide, Stärkepflanzen, Leguminosen, Ölpflanzen etc.) vergleichen und zusammenfassen. Dabei zeigen sich durchgehend für die einbezogenen Regionen des Südens deutlich erhöhte Erträge (bei Badgley u.a. zwischen 1.5 für Getreide und 3.9 für Leguminosen) im agro-ökologischen Landbau gegenüber konventionellem Anbau, während sich für nördliche Regionen in den Ergebnissen von Badgley u.a. nur leichte Vorteile der konventionellen Methoden zeigen. Diese und andere Ergebnisse (Raina 2010 oder Gomiero & Paoletti 2008) bestätigen nachdrücklich bezüglich der Erträge pro Bodeneinheit eine Überlegenheit der arbeitsintensiven, bäuerlichen Produktionsweise gegenüber kapitalintensiver Landwirtschaft. Ähnlich deutlich sind die gesteigerten Erträge im sog. agro-ökologischen „System der Reis-Intensivierung“ (SRI), das aus Madagaskar stammt und in anderen Regionen repliziert werden konnte. (Bereits vor mehr als 50 Jahren hatte Clifford Geertz (1963) auf Java die nahezu unbeschränkt steigerbare Ertragsfähigkeit des arbeitsintensiven, kleinbäuerlichen Reisanbaus bewundert.)

Für afrikanische Regionen südlich der Sahara ist der Maisanbau für die Ernährung der Bevölkerung fundamental. In Ländern wie Malawi, Zambia oder Tanzania dienen fünfzig Prozent und mehr der Agrarflächen dem Anbau dieses Getreides. Entscheidend ist hier der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit durch Stickstoffanreicherung mit Hilfe von Leguminosen oder des „Düngerbaums“ *Faidherbia albida*, dem Clausing einige Aufmerksamkeit widmet. Seine Beispiele aus Malawi oder Niger zeigen die großen Möglichkeiten der bäuerlichen Wirtschaften, die Erträge zu steigern und dadurch die Ernährungssituation

dramatisch zu verbessern. Gleichzeitig propagiert die von der Rockefeller- und der Gates-Stiftung 2006 gegründete „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) eine kapitalintensive, „arbeitsparende“ Landwirtschaft mit genetisch verändertem Mais, drängt aber gleichzeitig auch auf den Saatgutmarkt für Leguminosen, um das (klein) bäuerliche „Segment“ mit „verbesserten“ Leguminosensorten in den Markt einzubinden.

Dem Buch von Peter Clausing gelingt es nur ansatzweise, den im Titel angezeigten „Scheideweg“ zwischen „Naturschutz und Welternährung“ systematisch herauszuarbeiten. Stattdessen nehmen Teilfragen wie die Verdrängung der Landbevölkerung im Zuge der Bildung von Naturreservaten, die Rückkehr der Wälder im Zusammenhang von Urbanisierung oder die Möglichkeiten der Ertragssteigerung im afrikanischen Maisanbau große Strecken der Darstellung ein. Die von Clausing aufgeworfenen Fragen sind nicht neu, ebenso wenig sind es die grundlegenden Argumentationslinien. Clausing arbeitet diese jedoch prägnant heraus und erschließt für die einzelnen Bereiche neuere Entwicklungen und Befunde. Besonders kritisch geht er auf die Legitimationsstrategien von Naturschutzorganisationen wie dem WWF und einer interessierten Wissenschaft ein. Diese verbreiteten, wie Uwe Hoering im Vorwort sagt, einen neuen „Agraroptimismus“, der auch die bäuerliche Landwirtschaft mit einbezieht und sie für die Agenda der Agrarindustrie erschließen möchte. Hier sieht Hoering aber auch Chancen für neue Bewegungen der Bäuerinnen und Bauern, wenn aus den vormals scheinbar zum Untergang Verurteilten „neue Partner“

werden. Um dieses diskursive und institutionelle „Geflecht von Kooptierung und Diskreditierung von Alternativen“, von „Verschleierung und Verbrämung“ besser zu durchschauen, liefert das Buch wichtige Hinweise und Hilfestellungen.

Hanns Wienold

Literatur

- Badgley, Catherine; Jeremy Moghtader; Eileen Quintero; Emily Zakem; M. Jahl Chappell; Katia Avilés-Vázquez; Andrea Samulon & Ivette Perfecto (2007): „Organic Agriculture and the Global Food Supply“. In: *Renewable Agriculture and Food Systems*, Bd. 22, Nr. 2, S. 86-108.
- Geertz, Clifford (1963): *Agricultural Involution. The Process of Ecological Change in Indonesia*. Berkley CA u.a.
- Gomiero, Tiziano, & Maurizio G. Paoletti (2008): „Organic and Sustainable Agriculture and Energy Conservation“. In: Pimentel, David (Hg.): *Biofuel, Solar and Wind as Renewable Energy Systems: Benefits and Risks*. Dordrecht, S. 425-464.
- Pretty, J.N.; A.D. Noble; D. Bossio; J. Dixon; R.E. Hine; F.W.T. Penning de Vries & J.I.L. Morison (2006): „Resource-Conserving Agriculture increases Yields in Developing Countries“. In: *Environmental Science and Technology*, Bd. 40, Nr. 4, S. 1114-1119.
- Raina, Rajeswari Sarala (2010): „Warum hält der Weltagrарbericht das Potenzial der Kleinbauern, den Hunger zu reduzieren, für so groß?“. In: *Böll. Thema 2/10, Landwirtschaft und Klimawandel*, S. 10-11.

Thomas Kruchem: *Land und Wasser. Von der Verantwortung ausländischer Agrarinvestoren im Süden Afrikas*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2013, 196 Seiten

Land rückte in den vergangenen Jahren wieder ins Zentrum medialer, wissenschaftlicher und politischer Debatten. Die

sogenannten Brotaufstände 2007/2008 haben die Aufmerksamkeit auf die Frage der Ernährungssicherheit gelenkt. Unter dem Stichwort *land grabbing* (*Landraub*) wurden zudem ausländische Investitionen in Land kritisch diskutiert. Thomas Kruchem, der 2012 ein Buch mit dem Titel *Der große Landraub* veröffentlichte, hält sich in seiner aktuellen Reportage nicht lange mit der Diskussion um *land grabbing* auf. Statt die politische Debatte weiterzuführen, richtet Kruchem den Blick auf die von Agrarinvestitionen betroffenen Menschen. Anhand von Beispielen aus Sambia, Tansania und Mosambik geht er der Frage nach, inwiefern Agrarinvestitionen „Ernährungssicherheit, nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen und ländliche Entwicklung“ fördern oder untergraben (18).

Die ersten beiden Kapitel beschäftigen sich mit dem Status Quo der Landwirtschaft in den drei Staaten sowie den Erwartungen der Regierungen der jeweiligen Länder und der Investoren. Kruchem folgt hier einem entwicklungspolitischen Diskurs, der Agrarinvestitionen als Chance begreift, wenn diese fair und transparent durchgeführt werden. Den beteiligten Akteuren steht er positiv gegenüber: „In vielen Fällen, so mein Eindruck vor Ort, kämpfen die Beteiligten zwar mit harten Bandagen für ihre Interessen, zumeist handeln sie zugleich verantwortungsbewusst und bemühen sich um Fairness.“ (61) Gleichzeitig erkennt er an, dass die Interessen der Kleinbäuerinnen und -bauern dabei oft zu kurz kommen: Ein Mangel an Fachwissen bei Behörden und Bäuerinnen und Bauern im Empfängerland, unzureichende Gesetzgebungen, vertrauliche Verträge und Korruption identifiziert er als die zentralen Herausforderungen für

die korrekte und transparente Umsetzung von Investitionen in Land. Diese Kapitel verdeutlichen die Komplexität von Agrarinvestitionen, liefern jedoch wenig, was nicht schon in der bestehenden Literatur zu landwirtschaftlicher Entwicklung abgehandelt wurde.

Seine Stärke entwickelt das Buch in den darauffolgenden Hauptkapiteln über die Schlüsselressourcen Land und Wasser. Anhand zahlreicher gut recherchierter und eindringlich beschriebener Beispiele aus Mosambik, Sambia und Tansania verdeutlicht Kruchem die Vielfalt ausländischer Agrarinvestitionen und ihre unterschiedlichen Konsequenzen für die ländliche und besonders die kleinbäuerliche Bevölkerung:

Im Norden Sambias investiert der Investmentfonds *Chayton Capital*. Der verspricht seinen Anlegern 15 % Rendite, investiert auf 7.000 Hektar in hochmechanisierte Landwirtschaft und will für den lokalen Markt produzieren. Das trägt zur Ernährungssicherung bei, belastet jedoch die Umwelt. Arbeitsplätze schafft das Projekt nur wenige, so dass die Kleinbäuerinnen und -bauern kaum profitieren. Anders geht der Investor *Amatheon* (ebenfalls in Sambia) vor. Er setzt auf konservierende Landwirtschaft, um die stark degradierten Böden wieder fruchtbar zu machen, und entwickelt ein Vertragsbauernmodell. Das ist umweltfreundlich, und die lokale Bevölkerung profitiert.

Konflikte um Land identifiziert Kruchem vor allem dort, wo Investoren versuchen, Land von Kleinbäuerinnen und -bauern zu erwerben. Der portugiesische Investor *HoyoHoyo* erwarb 500 Hektar Land in Mosambik, zahlte den Bäuerinnen und Bauern lediglich eine Abschlagszahlung von umgerechnet

13 € pro Person und kam Versprechungen, Arbeitsplätze zu schaffen, Ersatzland zur Verfügung zu stellen und Brunnen zu bohren, nicht nach.

Keine Agrarinvestition kommt ohne Wasser aus. Auch hier zeigt Kruchem anhand zahlreicher Beispiele, wie unterschiedlich Investoren vorgehen: *AgroEcoFuel* in Tansania analysiert die vorhandenen Wasserressourcen verantwortungsbewusst, legt viel Wert auf Wassermanagement und geringen Verbrauch. *Chikweti* in Sambia hingegen verbraucht für seine Eukalyptus- und Pinienplantage große Mengen Wasser, ohne sich um die Umweltverträglichkeit zu sorgen. Auch über Wasserressourcen können Konflikte entstehen. In Sambia versperren Investoren Kleinbäuerinnen und -bauern den Zugang zu Gewässern. Große Staudammprojekte in der Region entziehen grenzüberschreitenden Flüssen das nötige Wasser für umfangreiche künstliche Bewässerung in der Landwirtschaft benachbarter Staaten und führen zu zwischenstaatlichen Konflikten.

Das Buch zeigt die Vielfaltigkeit von Agrarinvestitionen in Afrika sowie den unterschiedlichen Umgang von Investoren mit Wasserressourcen auf. Dabei wird klar, dass nicht jede Agrarinvestition *land grabbing* ist, die berühmte *win-win*-Situation aber auch nicht automatisch eintritt. Nur wenn ein verantwortungsvoller Umgang mit Wasser gegeben ist und Vertragsbauernmodelle umgesetzt werden, können Agrarinvestitionen der lokalen Bevölkerung zugute kommen, so die Einschätzung des Autors. Auch wenn das Buch um ein ausgewogenes Bild von Agrarinvestitionen bemüht ist, nehmen die Geschichten über umweltschonende Investitionen, von denen auch die lokalen Bevölkerungen

profitieren, doch deutlich mehr Raum ein. Es bleibt jedoch unklar, wie groß der Anteil solcher Agrarinvestitionen an der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Transformation in den drei Ländern ist. Deutlich wird auch die Schwierigkeit, den Interessen der Investoren, der staatlichen Behörden und der Kleinbäuerinnen und -bauern gleichermaßen Rechnung zu tragen. Kleinbäuerliche Initiativen und Alternativen zu ausländischen Agrarinvestitionen werden wenig thematisiert. Wenn die betroffenen Kleinbäuerinnen und -bauern zu Wort kommen, dann in der Regel als Vertragsbäuerinnen und -bauern bei großen Investoren, als Empfänger/innen entwicklungspolitischer Beratung oder als Opfer von Agrarinvestitionen, jedoch nicht als aktive Subjekte mit eigenen Visionen und Vorstellungen von Landwirtschaft.

Immer wieder betont Kruchem die Rolle der *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei nachhaltigen Agrarinvestitionen, beispielsweise beim *Amatheons*-Projekt in Sambia oder beim grenzüberschreitenden Wassermanagement. Es bleibt allerdings an manchen Stellen fraglich, welchen Einfluss die GIZ als Herausgeberin auf die Darstellung der Rolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der sonst sehr gut recherchierten Reportage hatte.

Louisa Praise

Pavan Sukhdev: *Corporation 2020 – Warum wir Wirtschaft neu denken müssen*. München: oekom 2013, 289 Seiten

Der Autor nahm eine Auszeit bei der Deutschen Bank, um sich den grünen

Themen zu widmen. Er leitete die *Green Economy Initiative* des *United Nations Environment Programme* (UNEP). Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 stellte er seine Kampagne „Corporation 2020“ vor, die im Rahmen seiner Tätigkeit an der Yale-Universität entstand.

Wie der Titel des Buches besagt, behandelt die Studie die Unternehmen als zentrale Akteure des Wirtschaftslebens. Pavan Sukhdevs Anliegen für ein ökologisches Wirtschaften erfordert deshalb ein grundlegendes Umdenken in den Unternehmen als dem Herzstück der Wirtschaft, ohne diese jedoch in ihrer Funktion in der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur in Frage zu stellen. Der Autor stellt sein Modell einer Grünen Wirtschaft mit einer neuen Struktur und Rolle der Unternehmen vor. Er holt dafür sehr weit aus und erläutert ausführlich die Entstehungsgeschichte von Unternehmen als Organisationsform für wirtschaftliche Aktivitäten. Ausgangspunkt sind die ersten Gründungen in den USA im Kontext des damaligen Rechtssystems und die Entwicklung, oder besser gesagt Anpassung, des rechtlichen Rahmens an die Anforderungen, um das effiziente Wirken der entstehenden Unternehmen zu begünstigen.

In den Kapiteln 1 bis 3 (21-87) stellt das Buch die Wirtschaftsgeschichte mit den verschiedenen Epochen und ihren zentralen Charakteristika sowie Innovationssprüngen bis heute aus der Perspektive von Unternehmen bzw. deren Rolle vor. Die Darstellung ist sehr verständlich geschrieben, sie erfordert keine Grundkenntnisse in Ökonomie. Angereichert ist der Text mit zahlreichen, recht passenden, sehr ausführlich und

anschaulich beschriebenen Beispielen. Dabei werden auch die verschiedenen Rechtsformen und ihre Entstehung im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext erläutert. Genau genommen handelt es sich mehr um die Geschichte der Unternehmen als um Wirtschaftsgeschichte. Für Sukhdev liegt in der Form der Behandlung bzw. Berechnung der Externalitäten (externen Kosten) der Kern für eine ökologische Wirtschaft. Anders ausgedrückt ist der gegenwärtige Umgang mit Externalitäten das zentrale Problem für die Umweltbelastung durch die Unternehmen. Zweifellos, das wird ebenfalls mit Beispielen und Schaubildern erläutert (92-97), gibt es auch positive externe Effekte. Die Studie richtet jedoch ihr Augenmerk vor allem auf die negativen Effekte, auf deren Korrektur das Modell abzielt. Der Autor zieht hier besonders drastische Beispiele für Profitinteressen und Naturzerstörung heran, die noch im Gedächtnis sind. So geht er ausführlich auf die Ölkatastrophe von BP im Golf von Mexiko (105-109) ein. Die in Modellrechnungen ermittelten Werte der gesellschaftlichen Kosten durch Umweltbelastung seitens der Unternehmen, die sich in deren Buchhaltung als Profite darstellen, sind beeindruckend. Als zentrales Argument wird von den Unternehmen regelmäßig die Wettbewerbsfähigkeit ins Feld geführt – dies erleben wir ja ganz aktuell auch als Argument und aktuelle Politik der Bundesregierung.

Folgerichtig zielt die Studie auf die grundlegende Änderung dieser Praxis ab. Der Autor ist realistisch genug, nicht auf Freiwilligkeit und Marktkräfte zu setzen: Er spricht deutlich von „Unternehmen dazu zu verpflichten“ (124) sowie von der Notwendigkeit, der entsprechend

Regierungen damit beginnen müssten, „ihre Besteuerungs- und Subventionsstrukturen so zu gestalten, dass externe Effekte berücksichtigt werden“ (126). Ziel müsse es sein, in transparenter Weise alle Kosten, auch die des ökologischen Fußabdrucks und die gesellschaftlichen Kosten, konsequent in die Kostenrechnung für Produkte einzubeziehen.

Schwer nachzuvollziehen sind die Darstellungen im Kapitel 6, „Verantwortungsvoll werben“. Hier setzt Sukhdev voll auf das Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen. In der Realität ist der von ihm postulierte Trend der Werbung hin zum Instrument der objektiven Information und ethischen Grundsätzen nicht zu erkennen. Auch die Behauptung eines zunehmend sich angleichenden Kräftegleichgewichts zwischen VerbraucherInnen und ProduzentInnen durch das Internet ist eher kontrafaktisch.

Bei der Analyse in Kapitel 7, in dem der Autor sich mit der Fremdfinanzierung von Unternehmen beschäftigt, kommt dem Leser vieles aus den Diskussionen der jüngsten Finanzkrisen recht bekannt vor. Die grundsätzliche Beschränkung der Fremdkapitalaufnahme und die Definition von volkswirtschaftlich und ökologisch für sinnvoll erachteten Kriterien als ordnungspolitische Vorgabe tragen sicher zur Stabilisierung einer modernen Wohlfahrtsökonomik bei. Ihre politische Durchsetzung ist allerdings angesichts der Erfahrungen und der bekannten Entscheidungen mit der sog. Finanzkrise, oder besser gesagt, der Bankenkrise nicht zu erwarten. Für die Steuerpolitik konstatiert Sukhdev, die Berücksichtigung von Zinsen als steuermindernde Kosten setze ein falsches Signal, weil damit de facto die Fremdkapitalaufnahme subventioniert werde. Deshalb fordert er eine

grundlegende Umorientierung. Diese betrifft ganz besonders die in Kapitel 8 diskutierte Gewinnbesteuerung: Nach der Auffassung von Sukhdev sollten nicht die Gewinne, sondern der Ressourcenverbrauch besteuert werden. Darin sieht er einen entscheidenden Hebel für die Erreichung einer „Green Economy“ und einen wichtigen Impuls für Innovationen, um ressourcensparende Techniken und Produktionsformen einzusetzen.

Die DNA der zukunftsweisenden *Corporation 2020* berücksichtigt die in den vorigen Kapiteln ausgeführten veränderten Rahmenbedingungen und Vorschläge. Der im Wirtschaftsleben häufig beobachtete Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Denkweise soll im Wesentlichen durch die Internalisierung der zahlreichen ökologischen Kosten aufgehoben werden, welche die Unternehmen bisher in Gewinnabsicht weitgehend ganz legal externalisieren.

Das vorgestellte Modell ist in sich durchaus schlüssig und klingt sehr ansprechend und überzeugend – man kann im Grunde nur zustimmen. Allerdings taucht implizit eine Reihe von Aktionsfeldern auf, auf deren Komplexität der Autor nicht weiter eingeht. Voll konzentriert auf die Rolle der Unternehmen als der zentralen und wichtigsten Akteure im Wirtschaftsleben versäumt Sukhdev es, die politischen Strukturen und die realen Machtverhältnisse entsprechend zu berücksichtigen; zumindest wird dies im Buch nicht erkennbar.

Ökologisches und soziales Wirtschaften, bei dem die volkswirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Interessen stärker im Vordergrund stehen, soll in der „Corporation 2020“ Realität

werden, ohne dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem in seiner Struktur und Verfasstheit geändert oder hinterfragt wird. Der Autor setzt in seiner Argumentation einen hohen Grad an unternehmerischer Ethik und an Überzeugungskraft voraus. Beides konnte allerdings bisher in der Realität nicht beobachtet werden. Neben der Einsicht der Unternehmen sind die politischen Weichenstellungen mit den zahlreichen Vorschlägen für die Regulierung eine entscheidende Bedingung für die Umsetzung des Modells. Angesichts so vieler Annahmen und Bedingungen ist der Weg zur Realisierung der „Corporation 2020“ als Standardmodell für die „Green Economy“ sicher noch recht weit. Aber das Buch gibt gleichzeitig sehr wichtige Denkanstöße und stellt mit den verschiedenen ausführlich dargestellten Instrumenten einzelne Elemente vor, die es weiter zu verfolgen und zu diskutieren gilt.

Theo Mutter

Anne Tittor: *Gesundheitspolitik in Lateinamerika. Konflikte um Privatisierungen in Argentinien und El Salvador*. Baden-Baden: Nomos 2012, 376 Seiten

Im Rahmen der neoliberalen Reformen in den 1990er Jahren ist es im lateinamerikanischen Gesundheitswesen vermehrt zur Aufwertung des privaten Sektors gekommen. Nicht nur in der Bereitstellung von Gesundheitsleistungen, sondern auch in ihrer Finanzierung ist Gesundheit so sukzessive zur Ware geworden. Diesen Prozess der Überantwortung des Gesundheitsbereiches an den Markt und die damit verbundene „zunehmende Abhängigkeit des Einzelnen [von] seiner Kaufkraft

beim Zugang zu Behandlungen und Vorsorgeuntersuchungen“ (88) definiert Anne Tittor als Kommodifizierung. Dass dieser Prozess sozial umkämpft ist und mit der Vertiefung schon existierender gesellschaftlicher Ungleichheiten einhergeht, arbeitet Tittor im vorliegenden Band, der auf ihrer Dissertation beruht, klar heraus. Im Besonderen geht es ihr darum, die Triebkräfte der Kommodifizierung des Gesundheitswesens in Argentinien und El Salvador zu analysieren. Diesbezüglich zeichnet sich das Buch durch seinen hervorragenden Überblick über die Gesundheitsreformen und deren Einbettung in die jeweiligen länderspezifische Kontexte aus.

Die Einleitung gibt einen Überblick über die sozialen Absicherungs- und Gesundheitsmodelle in den untersuchten Ländern und führt in die gegenwärtige Debatte zu Begriffen wie „Kommerzialisierung“, „Kommodifizierung“, „Inwertsetzung“, „Ökonomisierung“ und „Privatisierung“ ein. Des Weiteren geht die Autorin auf die im Feld der Gesundheitspolitikanalyse Lateinamerikas vorherrschenden akteurszentrierten bzw. strukturtheoretischen Erklärungsansätze ein, die den Wandel der Gesundheitspolitik einseitig entweder durch das Wirken internationaler Organisationen oder aber die Interessen verschiedener sozialer Gruppen begründen (36f). Mit dem neogramscianischen Ansatz unter besonderer Bezugnahme auf Arbeiten von Robert W. Cox gelingt es Tittor hervorragend, die Begrenztheit dieser dichotomischen Konzepte zu überwinden und beide Ebenen miteinander zu verknüpfen. Dieser Ansatz ermöglicht es ihr, Akteure und Prozesse historisch zu untersuchen und die Entwicklung in Richtung Kommodifizierung in ihrem

konkreten Kontext zu fassen. Dabei nimmt sie auch den Widerstand dagegen in den Blick. Gemäß ihrer erkenntnisleitenden These hängt der Grad an Kommodifizierung bzw. Dekommodifizierung der Gesundheitspolitik mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und der Beschaffenheit der gesellschaftlichen Hegemonie zusammen (88).

In diesem Zusammenhang widmet sich die Autorin zuerst den gesundheitspolitischen Paradigmen internationaler Organisationen und arbeitet hegemoniale Projekte in der internationalen Gesundheitspolitik heraus. Ihre historische Analyse reicht von deren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zu den *Millennium Development Goals* und legt sowohl die primären Akteure als auch deren jeweilige Gesundheitsverständnisse offen.

Im empirischen Teil der Arbeit untersucht Tittor anschließend insbesondere, inwiefern die Akteure und Strukturen im konkreten Kontext des jeweiligen Landes Kommodifizierungsprozesse vorangetrieben haben. Trotz divergierender Gesundheitssysteme und Wohlfahrtsstaatsmodelle in Argentinien und El Salvador erkennt sie Parallelen in den Kommodifizierungstendenzen der neoliberalen Gesundheitsreformen während der 1990er Jahre (26, 315). Sie ordnet diese Reformen in historische Prozesse und die ideologischen Prämissen der Strukturanpassungsprogramme ein und nimmt an, dass Kommodifizierung von ähnlichen Mechanismen gefördert wurde: Internationale Organisationen (Weltbank, USAID, Interamerikanische Entwicklungsbank) stellten in beiden Ländern ideell sowie finanziell die Weichen für die Gesundheitsreformen (324-327), konnten jedoch nur im Wechselspiel mit den gesellschaftlichen

Kräfteverhältnissen zu Triebkräften der Kommodifizierung werden (211, 307). Die Autorin arbeitet deshalb sowohl gesellschaftliche Hegemonie(n) wie auch die sozial umkämpfte Ausgestaltung der Gesundheitspolitik heraus, in der u.a. Gewerkschaften (in Argentinien), Ärzteverbände und soziale Bewegungen (in El Salvador) eine tragende Rolle gespielt haben (44).

Besondere Aufmerksamkeit lenkt die Verfasserin auch auf den Wandel des marktorientierten Gesundheitsparadigmas, das seit 2002/2003 in beiden Ländern aufgrund starker Proteste ins Stocken geratenen ist. Tittor spricht von „critical junctures“, die Anfang des Jahrtausends eine vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens abwenden konnten (196, 287). Während in El Salvador die massiven Proteste von 2002/2003 von dem Gesundheitssektor ausgingen, war es in Argentinien die allgemeine politische, soziale und ökonomische Krise von 2001/2002, die zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse führte und sich u.a. in der Veränderung der Gesundheitspolitik niederschlug (196). Seitdem hat sich die Zahl der BefürworterInnen einer weiteren Kommodifizierung im Gesundheitswesen deutlich verringert, auch wenn sich dies weniger als erwartet auf der politischen Ebene widerspiegelt. Somit erklärt Tittor nicht nur die Gemeinsamkeiten in den Triebkräften der Kommodifizierung, sondern auch die unterschiedlichen Gründe ihrer plötzlichen Stagnation.

Der wichtigste Beitrag des Buches liegt zweifellos in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema der Ökonomisierung des Gesundheitsbereiches im Globalen Süden. So antwortet Tittor mit

ihrem regionalen Fokus auf Lateiname-rika auf das bisher bestehende Defizit an deutschsprachiger Literatur zum Thema und greift damit zusätzlich einen Aspekt auf, dem die wissenschaftlichen Debatten bisher keine große Beachtung geschenkt haben: dass nämlich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse auf nationaler wie globaler Ebene für das Erklären einer bestimmten Stoßrichtung von Reformen von großer Bedeutung sind. Mit ihrem neogramscianisch angeleiteten Blick auf diese Verhältnisse leistet sie eine sinnvolle theoretische Weiterentwicklung konventioneller Erklärungsansätze. So eröffnet sie mit dem Aufzeigen der lebhaften Wechselwirkungen zwischen Akteurs- und Strukturebenen im nationalen wie transnationalen Kontext einen neuen Diskussionsraum zu Prozessen der Kommodifizierung jeglicher gesellschaftlicher Bereiche und leistet eine hervorragende theoretische wie empirische Vorarbeit, die sich durchaus auf weitere Politikfelder übertragen lässt. Das Buch wird seinem Anspruch in vollem Umfang gerecht und ist – aufgrund seines kritischen und klaren Charakters – eine empfehlenswerte Lektüre für FachwissenschaftlerInnen ebenso wie für ein breiteres, interessiertes Publikum.

Charlotte Beise

Sabine Dorlöchter-Sulser: *Wandel von Livelihood-Systemen im Spannungsfeld von Struktur und Handeln. Eine historisch angelegte Livelihood-Analyse von 1960 bis 2010 am Beispiel der Region Dosso, Niger*. Berlin: WVB 2014, 390 Seiten

Mit seinem miserablen HDI-Index-Wert wird der in der Sahelzone liegende Staat Niger gemeinhin zu den ärmsten

Ländern der Erde gerechnet. Traditionell enge politische und wirtschaftliche Beziehungen bestehen nach wie vor zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, das aus dem Niger einen großen Teil des Urans für seine Atomindustrie bezieht.

Für den Niger liegen im deutschsprachigen Schrifttum keine neueren, theoriegeleiteten, empirischen, entwicklungsgeographischen Regionalstudien vor. Die vorliegende Dissertation versucht hier eine Lücke zu schließen. Die Autorin beschäftigt sich in einer diachronischen Perspektive (Zeitraum: 1960-2010) mit dem Wandel der Überlebenssicherungssysteme von Zarma-Bauern und -Bäuerinnen in ca. 10 Dörfern in der Region Dosso, etwa 160 km südöstlich der Hauptstadt Niamey (68). Sie untersucht die Änderungen der Entwicklungspfade, mit denen sich die Zarma in Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen neue ökonomische Pfeiler erschlossen bzw. in bestehenden Pfeilern Änderungen durchgeführt haben. Diese Entwicklungspfade und die multiplen Überlebenssicherungsstrategien interpretiert sie als Resultat des Zusammenwirkens von Struktur und Handeln. Ihr Kernkonzept ist der durchaus kritisch bewertete *Sustainable-Livelihood-Ansatz* des *Institute of Development Studies* (Sussex), den die Autorin mit der Geographischen Risiko- und Verwundbarkeitsforschung nach Robert Chambers und den Konzepten „Bewältigung“ und „Anpassung“ kombiniert. Als weitere entwicklungspolitische Kernkategorie greift sie den von Theo Rauch vorgeschlagenen Begriff der „Rahmenbedingungen“ auf. Diese Rahmenbedingungen in ökologischer, ökonomischer, soziokultureller und politisch-institutioneller Hinsicht änderten sich im Laufe der in der Arbeit

untersuchten Phasen und bilden den Grund für die besagten ökonomischen Pfadwechsel.

Für PraktikerInnen wie für EntwicklungsforscherInnen, die sich mit der ländlichen Regionalentwicklung im Sahel befassen, bietet das Buch viel entwicklungspraktisches Anschauungsmaterial. So zeigt sich die erstaunliche Handlungsmächtigkeit der Zarma-Bauern und -Bäuerinnen in strukturellen Veränderungen der Produktionsziele: Augenbohnenanbau, vernetzt mit der Tierhaltung, statt Erdnussanbau in den 1980er Jahren, Entwicklung einer relativ ertragreichen Rindermast vor allem bei wohlhabenden, sesshaften Bauern und -Bäuerinnen seit 1990, ganz allgemein eine Bedeutungszunahme der Rinderhaltung bei sedentären Gruppen. Erstaunlich ist die Wiederaufnahme des Erdnussanbaus seit Mitte der 1990er Jahre. Erstmals werden in einer Niger-Monographie die sich ändernden ökonomischen Rahmenbedingungen (von der Erdnusswirtschaft in den 1960er und 1970er Jahren zur uranbasierten Ökonomie und zur Strukturanpassungswirtschaft in den 1980er und 1990er Jahren) und die damit verbundenen Auswirkungen für die Lebensabsicherung von Bauern und -Bäuerinnen analysiert. Die unterschiedlichen Phasen der nationalen nigrischen Agrarpolitik, das modernisierte Bodenrecht und der langfristige klimatische Trend der Aridifizierung haben neue Nachfragestrukturen nach Agrarprodukten im Nachbarland Nigeria und Änderungen in der Zarma-Landwirtschaft zur Folge. Physikalischen Messergebnissen stellt das Buch Aussagen zur bäuerlichen Wahrnehmung der Niederschlagsveränderungen (212) anschaulich gegenüber. Noch differenzierter sind

die Forschungsergebnisse zu den Handlungsspielräumen im Regenfeldbau, der nur mit vielen Arbeitskräften erfolgreich gemeistert werden kann. Denn ohne Dungsammeln, Dungaushbringung und konsequentes, wiederholtes Jäten und ohne Kapitalinvestitionen in TagelöhnerInnen gibt es keine nennenswerten Ertragssteigerungen. Der Mangel an männlichen Arbeitskräften ist der *bottleneck* in diesem Agrarsystem (285). Gleichwohl kommt gerade der Migration die wichtigste Rolle im Einkommensportfolio der Haushalte zu (320).

Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass der Subsistenzanteil trotz eines gewissen Rückgangs nach wie vor für den Lebensunterhalt im Süd-Niger wichtig ist. Der Migration kommt in Verbindung mit der Multilokalität und Prozessen der Intensivierung des Regenfeldbaus eine tragende Rolle zu. Gleichzeitig verschärfen sich jedoch die sozialen Gegensätze zwischen reichen und armen Bauern und -Bäuerinnen. Durch Prozesse des langfristigen Klimawandels, die Verkürzung der humiden Jahreszeit, die starke Bevölkerungszunahme und die enorme Ausweitung der Ackerflächen hat sich die ökologische Grundverwundbarkeit der ländlichen Bevölkerung erhöht. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Region Dosso in Niger ein natürlicher Gunstraum ist und die dortigen ökologischen Verhältnisse nicht mit denen im Raum Tahoua/Agades oder im Kanuri-Gebiet im Osten des Landes gleichgesetzt werden können.

Die anspruchsvolle, theoretisch breit angelegte Studie ist für die Geographische Entwicklungsforschung von großem Gewinn. Hierbei sticht das plausible Konzept der Entwicklungspfade besonders heraus: Für den Zeitraum von

1960 bis 2010 macht die Autorin in fünf treffend skizzierten Phasen die Veränderungen in den *Livelihood*-Systemen bei den Zarma-Bauern und -Bäuerinnen sichtbar (322-342). Das Buch sei daher trotz seines zu großen Umfangs allen an der ländlichen Entwicklung im Sahel Westafrikas nachdrücklich als Lektüre empfohlen. Eine Kurzfassung in französischer Sprache für nigrische Fachleute wäre wünschenswert.

Thomas Krings

Anton Bösl, André du Pisani & Dennis U. Zaire (Hg.): *Namibia's Foreign Relations. Historic Contexts, Current Dimensions and Perspectives for the 21st Century*. Windhoek: Macmillan Education Namibia & Konrad Adenauer-Stiftung 2014, 449 Seiten

Namibia ist ein der Bevölkerung von zwei Millionen Menschen nach kleines postkoloniales Land, das aufgrund seiner Geschichte als veruntreutes Pfand des Völkerbundes bzw. der *United Nations* (UN) jahrzehntelang unter illegaler südafrikanischer Herrschaft dennoch eine herausragende und einzigartige Rolle gespielt hat. Dieser umfassende Sammelband ist rechtzeitig erschienen, um ein knappes Vierteljahrhundert Außenpolitik des am 21. März 1990 unabhängig gewordenen Staates aus einer beeindruckenden Anzahl von Perspektiven zu beleuchten. Dies betrifft historische Zusammenhänge ebenso wie bilaterale Beziehungen zu den besonders wichtigen Partnerländern Angola, China, Deutschland, Südafrika und USA; ferner die Rolle des Landes in unterschiedlichen regionalen und überregionalen Organisationen, in denen es Mitglied ist, also der *Southern African*

Customs Union (SACU), der *Southern African Development Community* (SADC) und der *African Union* (AU) und weiter den UN; außerdem die Beziehungen zur *Europäischen Union* (EU); schließlich eine Reihe weiterführender Überlegungen etwa zur Sicherheitsproblematik, zur Rolle von Parlament und Opposition in der Außenpolitik oder zum Zusammenhang zwischen politischer Kultur in Namibia und seiner Rolle in verschiedenen außenpolitischen und diplomatischen Fragen. Zu Wort kommen dabei vorwiegend namibische Autorinnen und Autoren oder solche mit langjährigen und intensiven Beziehungen zu Namibia. Dies gilt dem eigenen Anspruch nach auch für *Hans-Dietrich Genscher*, der als westdeutscher Außenminister wohl am längsten von allen Mitglied der „Kontaktgruppe“ aus fünf westlichen Staaten war, in der während der 1970er und 1980er Jahre wichtige Entscheidungen zur „Namibia-Frage“ gefällt oder vertagt wurden. Die Lektüre der Rede vom April 2010 kann neben mancher Anekdote vor allem ins Gedächtnis rufen, wie (deutsche) Außenpolitik *auch* gemacht werden kann – aufgebaut auf zumindest dem Versuch und dem Anspruch, das Gegenüber nicht nur zu verstehen, sondern anzuerkennen. Genschers scharfe Worte gegen zumal menschenrechtliche Doppelstandards (58) treffen freilich unweigerlich die von ihm selbst als Teil der Bundesregierung mitvertretene Politik gegenüber Südafrika und verweisen insofern vielleicht auf Bruchlinien in den damaligen Regierungen.

All dies ist von großer aktueller Bedeutung, blickt man auf die Beziehungen zwischen Namibia und Deutschland in der Gegenwart. *Peter Katjavivi* – Historiker, Veteran der *South-West*

Africa People's Organisation (SWAPO), ehemals Botschafter bei der EU und in Berlin sowie Vorsitzender der Nationalen Planungskommission und heute Fraktionsführer (*Chief Whip*) der SWAPO in der Nationalversammlung – ist ein eindrucksvoller Balanceakt gelungen. Er zeigt vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrung und aktuellen Verantwortung als Diplomat und Politiker deutlich die Zielsetzungen der vorab als „Wirtschaftsdiplomatie“ (*economic diplomacy*) definierten namibischen Außenpolitik auf. In diesem Rahmen spielt Deutschland eine entscheidende Rolle. Die einfache Aufzählung hochrangiger Besuche auf beiden Seiten dokumentiert dann aber ein ab 2000 zunehmend deutlicheres Missverhältnis, das im Ausbleiben hochrangigen deutschen Besuchs in Windhoek begründet ist. Dies wieder sieht Katjavivi in nicht geringem Maß verursacht durch die ungeklärten Vergangenheitspolitischen Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit dem zu deutscher Kolonialzeit in Namibia verübten Völkermord. Die Gegenüberstellung der Forderung nach Reparationen und des regierungsamtlich deutschen Verweises auf die Höhe der geleisteten Entwicklungshilfe macht deutlich, dass es nicht leicht und selbstverständlich war, dass „sowohl Namibia wie Deutschland über die Jahre hinweg in der Lage waren, Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil aufrechtzuerhalten“. Zugleich erscheint ein offenkundig ausstehender „Dialog auf den angemessenen gesellschaftlichen Ebenen“ vordringlich (165).

Die interessantesten Einblicke ergeben u.a. die Beiträge über die Regionalorganisationen im Südlichen Afrika. Insbesondere die *Southern African Customs Union* (SACU) erscheint, zusammen

mit der faktischen Währungsunion zwischen Südafrika, Namibia, Lesotho und Swaziland (*Common Monetary Area*), als Instrument einer fast bruchlos aus der Apartheids-Ära hinübergeretteten südafrikanischen Hegemonie. Wie *Gerhard Erasmus* zeigt, betrifft dies nicht zuletzt die einseitige Festlegung der Außenzölle durch Südafrika, solange die mittlerweile vertraglich vorgesehenen multilateralen Organe noch nicht funktionsfähig sind; aber auch die kürzlich abgeschlossenen EPA-Verhandlungen mit der EU waren unweigerlich von den Ungleichgewichten und institutionellen Schwierigkeiten innerhalb von SACU geprägt. Wesentlich lockerer ist der Verbund der *Southern African Development Community* (SADC), über deren Beziehungen zu Namibia *Kaire Mbuende* als ehemaliger Exekutivsekretär berichtet, auch er SWAPO-Veteran. Fast durchgängig folgt die Regionalorganisation dem „Prinzip der variablen Geometrie“ (236), das auch getrennte und zwischen den Mitgliedsstaaten kontroverse Militärinterventionen einschließt, vor allem in der dramatischen Situation 1998, als Angola, Zimbabwe und Namibia in der Demokratischen Republik Kongo intervenierten, Südafrika und Botswana dagegen fast gleichzeitig in Lesotho. Freilich ist die „funktionale Kooperation“ in der SADC bedeutsamer (240ff), und Namibia hat hier wesentliche Beiträge geleistet, auch angesichts der im gesamten Band immer wieder angesprochenen Zwänge als Land mit geringer Bevölkerung, aber auch mit wichtigen und potenziell lukrativen Transitwegen intensive Kooperationsbeziehungen mit den Nachbarstaaten zu pflegen. Wie immer wieder aus unterschiedlicher Perspektive und mit deutlich divergierenden Bewertungen

angesprochen, erlitten die Integrationsbestrebungen im Rahmen der SADC durch das vorläufige faktische Scheitern des 2005 eingesetzte SADC-Tribunal einen schweren Rückschlag. Der Gerichtshof wurde von den Staatschefs 2011 faktisch kaltgestellt, nachdem enteignete zimbabwische Farmer dort erfolgreich gegen ihre Regierung geklagt hatten, diese den Gerichtshof aber für nicht effektiv erklärt hatte. In weiteren Beiträgen wird Namibias Rolle in AU bzw. *Organisation of African Unity* (OAU) und UN herausgestellt, sowohl durch die überproportionale Präsenz in wichtigen Gremien und Funktionen zumal in den Anfangsjahren als auch als Truppensteller in zahlreichen Friedensmissionen. Die anfänglich sehr beachtliche Rolle der namibischen Diplomatie auf internationalem Parkett war nicht zuletzt den vor der Unabhängigkeit etablierten und danach weiter ausgebauten Kontakten und dem Renommee zumal des ersten Außenministers Theo-Ben Gurirab zuzuschreiben, der 1999/2000 als Präsident der UN-Generalversammlung wesentlichen Anteil an der Formulierung der *Millennium Development Goals* hatte.

Zeigen diese Schlaglichter bereits ein uneinheitliches, in vielem ambivalentes Bild, so wird dies in einigen Beiträgen, die die namibische Außenpolitik jeweils in einen größeren Rahmen stellen, noch deutlicher. Beispielsweise zeigt *André du Pisani*, dass die namibische Außenpolitik, betrachtet aus der Perspektive neuer Sicherheitskonzepte, heterogene Grundkonzeptionen verfolgt, einerseits eine an klassischen Vorstellungen der Souveränität orientierte nationalstaatliche und weitgehend realistische Linie, andererseits einen mehr „idealistischen Strang“ (388), der aber immer wieder

durch Verletzung normativer Verpflichtungen konterkariert wird. Ähnliche kritische Fragen werfen *Joseph Diescho* unter dem Aspekt eines letztlich inkonsequenten und nur deklamatorischen Panafrikanismus der namibischen Außenpolitik nach der Unabhängigkeit sowie *Henning Melber* aus der Sicht einer *Global Governance* auf, die auch Rückfragen nach innenpolitischen Verhältnissen nahelegt, was insbesondere auf „gelegentliche Verletzungen“ „grundlegender Werte und Normen“ verweist (447). Dazu zählt immerhin der Hochverratsprozess gegen über 100 Beschuldigte nach einem gescheiterten Sezessionsversuch in der Caprivi-Region (heute Zambezi), der sich nun schon über mehr als 14 Jahre hinschleppt und in dessen Verlauf zahlreiche Untersuchungsgefangene gestorben sind.

Zumindest einige der Beiträge unterstreichen demnach, dass durchaus Anlass zu kritischer Betrachtung der Außenpolitik des unabhängigen Namibia besteht. Zweifellos stellt der Band in dieser Hinsicht eine wichtige, wenn auch sicher nicht erschöpfende Bilanz dar. Unangemessen ist es jedoch, wenn *Anton Bösl* in seiner Einleitung das eigene Werk in eine Reihe mit dem außenpolitischen Weißbuch von 2004 stellt. Schließlich ist dies kein regierungsamtlicher Text, sondern ein vielfältiges und teilweise auch in sich unvermeidlich widersprüchliches und kontroverses Kaleidoskop der Sichtweisen ganz unterschiedlicher Autorinnen und Autoren. Noch unverständlicher und bedenklicher ist der erhobene Zeigefinger, mit dem Bösl als langjähriger Vertreter der *Konrad-Adenauer-Stiftung* in Namibia offenbar meint, etwa „unsensiblen Aussagen über ökonomische Emanzipation“ (8) entgegenzutreten zu müssen (und zu dürfen).

Insgesamt bietet das Buch ein spannendes Beispiel für die Kooperation zwischen praktischer Politik und Wissenschaft ebenso wie Perspektiven, die über Analysen, aber auch politische Diskurse zur Außenpolitik eines kleinen, postkolonialen Landes hinausgehen. Ferner enthält es interessante Hinweise auf aktuelle Formen internationaler, zumal regionaler Kooperation, konkretisiert besonders auf die Regionalorganisationen im Südlichen Afrika.

Reinhart Kößler

Bettina Engels: *Warum sie Rebellen sind. Motive nichtstaatlicher Gewaltakteure in der Côte d'Ivoire*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2012, 224 Seiten

Mit ihrer Dissertation legt die Autorin eine weitere Studie über die Rebellion in der Côte d'Ivoire vor. Der Titel indiziert ihre spezifische Konzentration auf die Mitglieder der ivoirischen Rebellenbewegung *Forces Nouvelles* (FN) und impliziert zugleich die zentrale Hypothese, die durch die Arbeit leitet: Die Frage, warum die Beforschten Rebell_innen seien, wird vorab in der Überschrift mit deren Motiven beantwortet. Um diese zu erfassen, fehle in der Friedens- und Konfliktforschung ein adäquater theoretisch fundierter Analyserahmen; einen solchen zu erstellen, ist erklärtes Ziel des Buches.

Eingangs diskutiert Bettina Engels die Literatur zu innerstaatlichen Kriegen in Subsahara-Afrika und arbeitet Unklarheiten bezüglich der Definitionen und Abgrenzungen von Motivträger_innen, Motiven und Konfliktursachen heraus (22ff). Sie kritisiert eindimensionale Erklärungen von bewaffneten Konflikten sowie monokausale Motive von

Gewaltakteur_innen und argumentiert, die unterschiedlichen Prozesse griffen in Konfliktsituationen ebenso ineinander wie die sich vor diesen Strukturen entwickelnden Motive der Akteur_innen (57). Es folgt eine Beschreibung der Schütz'schen Handlungstheorie, die als Motiv den subjektiven Sinn verstehe, den eine Person ihrem Handeln zuschreibe. Zu unterscheiden seien vergangenheitsbezogene „Weil-“ und zukunftsgerichtete „Um-Zu-Motive“. Mit diesem Ansatz möchte Engels die theoretisch-konzeptionelle Forschungslücke um Motiv und Handeln von nichtstaatlichen Gewaltakteur_innen schließen und darüber hinaus zeigen, wie deren Motive am Fallbeispiel der FN systematisch untersucht werden können (61ff). Als empirische Grundlage dienen neben schriftlichen Quellen 45 Interviews, die Engels bei einer zweimonatigen Feldforschung Ende 2007 teils in der nördlichen Côte d'Ivoire, überwiegend in Burkina Faso mit Betroffenen, Beteiligten und Beobachter_innen der Rebellion geführt hat (17f). Den ivoirischen Konflikt zergliedert und analysiert sie entsprechend den zuvor aus der Konfliktforschung extrahierten politischen, identitätsbezogenen und ökonomischen Strukturdimensionen (92ff). Um den subjektiven Sinn des Akteurshandelns zu rekonstruieren, differenziert Engels den kollektiven Akteur FN. Aus der Literatur übernimmt sie die Unterteilung in Eliten und Mitglieder (168), feinere Typisierungen aus ihrem empirischen Material (141): Die Eliten untergliedert sie in „der Politiker“ und „der ivoirische Militär“, die überwiegend jugendlichen Mitglieder („jeunes“) in „der *jeune du Nord*“, „der Migrant“, „der burkinische *jeune*“ sowie „der *regional warrior*“. Diesen idealtypischen Akteuren schreibt

sie typische lebensweltliche Erfahrungen (Schütz'sche Bewusstseinserlebnisse) und typische politische, identitäre und ökonomische Handlungsmotive zu (125ff). Ihrer Motivanalyse stellt sie individuelle Motive, die sich aus den persönlichen Erfahrungen und Beziehungen des Individuums ergäben und die sie als losgelöst von den „konfliktursächlichen Strukturen“ begreift (114), isoliert voran.

Motive von Gewaltakteur_innen sind vielfältig und wandelbar. Das weist Engels theoretisch wie empirisch überzeugend nach. Die Analysekategorien bewegen sich allerdings auf unterschiedlichen Ebenen mit der Folge zahlreicher Vermischungen. Das Modell vernachlässigt die soziokulturelle Konfliktdimension. Mehr analytische Klarheit und empirische Tiefe verspräche ein Analyserahmen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in dem identitäre Faktoren (die sich entlang sozialer Kategorien wie Generation, Geschlecht, sozioprofessionellem Status ausbilden) zusammen mit Herrschaftsinstrumenten (insbesondere Neoliberalisierung, Neopatrimonialismus, Ethnizismus) als dimensionsübergreifend wirkend verstanden werden.

Widersprüche und Fragen, welche die verwendete Literatur zum sozialen Handeln aufwirft, wie die weniger rationalisierten Handlungshintergründe, deren Relevanz schon bei Weber anklingt (2007: 31f), übergeht die Autorin. Die Reflexion unbewusster Motiv- und Handlungsdimensionen überträgt sie schlicht der „(Sozial-)Psychologie“ (68). Dennoch scheinen Zweifel in Bezug auf den gewählten phänomenologischen Ansatz durch. Mit diesem ließen sich zwar die Motive nichtstaatlicher Gewaltakteur_innen rekonstruieren,

argumentiert Engels. Um jedoch Konflikte und Akteurshandeln ganzheitlich erklären zu können, müsse die Trennung von sozialer Handlung und Struktur überwunden werden. Vorwiegend handlungs- oder strukturorientiert stelle dies die aktuelle Herausforderung der Konfliktforschung dar (193ff). Schon in der sonst kenntnisreichen Literaturdiskussion verwundert, dass Engels ihren Blick nicht weitet, es stattdessen vorzieht, eine Dichotomie aufrechtzuerhalten, die in anderen Teildisziplinen als überholt gilt; integrierte Ansätze bilden bspw. in der Demokratisierungs- und Transformationsforschung seit den 1990er Jahren einen breiten Konsens (vgl. Croissant 2002: 9). Ähnlich polarisierend verfährt die Autorin in ihrer Kritik zur Konzeptualisierung von Gewaltakteur_innen. Ihre Argumentation, diese könnten nicht anhand von Motiven, sondern nur im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft gefasst werden, überzeugt zwar, doch konstatiert sie ein Desiderat etwaiger Forschungsarbeiten (25ff), ohne auf vorhandene Publikationen einzugehen. Beispiel dieser Auslassung ist eine Vorläuferstudie, die – entgegen Engels' Darstellung – nicht nur die Jugendmilizen im Süden der Côte d'Ivoire untersucht (19f), sondern zu gleichen Teilen die FN, sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihren gesellschaftspolitischen Beziehungen (Rompel 2008: 130ff). Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Studie, auch als Beispiel für ein Analyseverfahren, das Handlungs- und Strukturtheorie systematisch integriert (ebd.: 20ff), hätte die großteiligen inhaltlichen Überschneidungen vermieden, dafür weiterführende Ergebnisse und Fragen hervorbringen können.

Im Ausblick schlägt Engels als integrierten handlungs- und strukturtheoretischen Zugang vor, die Schütz'sche Perspektive mit Bourdieus Habituskonzept zu verknüpfen (195). Dieser Ansatz verspricht Erklärungspotenzial, keineswegs nur, wie die Autorin meint, für eine Konflikt-, sondern ebenfalls für eine vertiefte Motivanalyse. Anstatt sämtliche und damit auch vermeintlich individuell-persönliche Motive auszuschließen, müssten diese nämlich dann als zum Teil vergesellschaftet betrachtet in die Untersuchung einbezogen werden. Die Forschenden wären herausgefordert, sich von der phänomenologischen Selbstbegrenzung auf bewusst-intentionale Motive zur Erklärung sozialen Handelns zu lösen und den Mut zur Interpretation auch tiefer liegender Sinn-schichten der beforschten Akteur_innen aufzubringen. Auf diese Weise würden die Wirkmächtigkeit der sozialen Strukturen im Individuum ebenso sichtbar wie die psychosozialen Dynamiken, die Akteurshandeln mittragen. Die Frage, warum sie Rebell_innen wurden und es blieben, könnte dann noch sinnvoller beantwortet werden.

Dörte Rempel

Literatur

- Croissant, Aurel (2002): „Demokratische Grauzone: Konturen und Konzepte“. In: Bendel, Petra; Aurel Croissant & Friedbert W. Rüb (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Opladen, S. 9-53.
- Rempel, Dörte (2008): *Rebellen oder Patrioten? Jugend im politischen Prozess der Côte d'Ivoire von 1990 bis heute*. Frankfurt a.M.
- Weber, Max ([1922] 2007): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Paderborn.

Saniye Dedeoğlu & Adem Y. Elveren (Hg.): *Gender and Society in Turkey. The Impact of Neoliberal Politics, Political Islam and EU Accession*. London: I.B. Tauris 2012, 320 Seiten

Ziel der Aufsatzsammlung ist es, einen Überblick über das vergeschlechtlichte System sozialer Sicherung in der Türkei und die Wirkung der aktuellen Reformen, die sich teils auf die Norm formaler Gleichheit beziehen, zu bieten (3). Die Herausgebenden stellen fest, dass Sozialpolitik in der Türkei stets auf der Rolle der Familie und der Frauen als „Hauptakteurinnen des informellen sozialen Sicherungssystems“ (5) basiert habe. Dies stütze sich auf eine anhaltend geringe Einbindung von Frauen in formale Arbeit: Die Quote sei, so stellt der Beitrag von *Saniye Dedeoğlu* fest (125-140), mit 25 % im OECD-Vergleich die niedrigste. Überdies haben sich gemäß den Ausführungen von *Emel Memiş, Umut Öneş & Burça Kızılırmak* (87-102) bei einer Befragung 2006 knapp 60 % der Frauen als Hausfrauen bezeichnet. Dies steht in Kontrast zu gleichstellungspolitischen Eckdaten, welche die Herausgebenden in der Einleitung darstellen: Ehegatten wurden 2001 im Zivilrecht gleichgestellt (6). Das Arbeitsgesetz von 2003 sanktionierte erstmalig sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Entlassung aufgrund von Schwangerschaft. 2004 wurde der Staat im Kontext der EU-Heranzführungsstrategie auf Initiative zum Erreichen von Geschlechtergleichheit verpflichtet. Das neue Strafgesetz von 2005 klassifizierte Sexualverbrechen als gegen das Individuum und nicht gegen die Familienehre gerichtet. Eine

sukzessive Heraufsetzung des Rentenalters für beide Geschlechter ist seit 2006 vorgesehen (7). Das Buch besteht aus zwei Teilen: „Der Wohlfahrtsstaat, der Arbeitsmarkt und Gender in der Türkei“ und „Die Wirkungen der wohlfahrtsstaatlichen Reformen auf den Status von Frauen im EU-Beitrittsprozess“.

Gülşay Toksöz setzt sich mit der im Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Entwicklungsprofil niedrigen Erwerbsbeteiligung von Frauen auseinander. Dem liegt eine geringe Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft zugrunde: Mangels Investitionen in andere denn spekulative Ökonomie konnte die Freisetzung im Agrarsektor nicht durch alternative Arbeitsplätze im städtischen Kontext aufgefangen werden (52f). Gerade für jüngere Frauen ohne Ausbildung werde informelle Arbeit, die generell keine ermächtigende ökonomische Wirkung zeige, zunehmend alternativlos (54). Einen weiteren Grund sieht Toksöz in der demographischen Entwicklung: Im Zeitrahmen, in dem der erste *Household Labour Survey* erstellt wurde, 1988–2007, erhöhte sich die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um 19 Mio., die Anzahl der Arbeitsplätze nur um 5 Mio. In derselben Zeit sank der Anteil der Beschäftigten bei Frauen von 34,3 % auf 24,4 %, bei Männern von 81,2 % auf 71,8 %. Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird also durch das Fernbleiben von Frauen abgemildert (55f). Zudem spielen Lebensphasen und kulturelle Aspekte eine Rolle: Die exportorientierte Fertigungsindustrie beschäftigt v.a. alleinstehende und junge Frauen (57); Heimarbeit ist in konservativen Familien eher akzeptabel und bedroht nicht die Rolle des männlichen „Ernährers“ – wie Toksöz hervorhebt, wird sie

eher als „Ausdruck von Gruppenidentität und Solidarität“ denn als „Arbeit“ angesehen. Die Anzahl arbeitender Frauen wird dabei unsichtbar.

Ayşe Buğra verortet die Türkei in der von Gusta Esping-Anderson ausgehenden Diskussion um wohlfahrtsstaatliche Modelle und plädiert für die Zugrundelegung eines „südeuropäischen“ Modells. Dies unterscheide sich von nordeuropäischen durch Spezifika des Arbeitsmarktes, namentlich der Bedeutung kleiner und mittlerer Selbstständiger und des informellen Sektors, sowie durch den „rudimentären“ Charakter der sozialen Sicherung. Ein typisches Moment der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sei „Wohlfahrtsklientelismus“ (16). Regelbegründete staatliche Intervention sei für diese Beziehung nicht prägend; vielmehr überwögen Zuwendungen von Autoritäten, an die sich Erwartungen knüpften, gegenüber einer redistributiven Logik. Damit weist Buğra auf den sozialpolitischen Hintergrund verbreiteter Konfliktlösungsmuster hin, die gerade Frauen das individuelle Bestehen auf Rechten schwer machen.

Die noch immer bestehende Institution des *Evlâtlık*, der Aufnahme von Mädchen ländlicher Herkunft in bürgergestellten städtischen Haushalten, wo sie reproduktive Arbeiten übernehmen, untersucht Hande Toğrul. *Evlâtlık* sei ein Arrangement zwischen Klassen, in Zuge dessen sich die entsendende Familie eine Ausbildung und bessere Lebenschancen erhofft. Dieses Ziel werde jedoch oft nicht erreicht (103). Basierend auf dem „Capabilities Approach“ Amartya Sens, steht das „Wohlergehen“ (103f) der *evlâtlıks* als der unterdrückten Partei im Zentrum von Toğruls Untersuchung.

Seit dem Ende des Osmanischen Reiches habe sich für benachteiligte Frauen wenig geändert, was auch die Beibehaltung der Institution *Evlâtlık* erkläre.

Meltem Dayıoğlu & Cem Başlevent weisen auf die generell drastischen Einkommensungleichheiten nicht nur unter den Geschlechtern hin. Frauen in der Türkei haben im Durchschnitt 55 % des Einkommens, über das Männer verfügen; dieser Unterschied fällt schärfer in unteren und milder in oberen Einkommensschichten aus (69f). Anders gesagt, stellen Frauen 72 % derjenigen mit dem geringsten Verdienst, was die Autorin und der Autor gemessen daran, dass nur 22,4 % von ihnen überhaupt erwerbstätig sind, als „schockierend“ bezeichnen. In den obersten Verdienstgruppen liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen bei nur noch 10 % (72). Soziale Kontraste sind zwischen Frauen mithin noch deutlicher ausgeprägt als zwischen Männern.

Die Frage, wie sich diese Bedingungen auf die Bewusstseinsbildung auswirken, findet in einem Beitrag zu Gleichstellungsforderungen von *Feride Acar & Gülbhanu Altunok* Raum. Die Autorinnen zeichnen die Entwicklung einiger frauenpolitischer Strömungen vor dem Hintergrund der Polarisierung von verschiedenen Gesellschaftssegmenten nach. Hervorhebenswert ist dabei ihre Kritik an einer Subsumtion religiös-konservativer und feministischer Strömungen unter der Kategorie „antistaatlich“, die von den ungleichen Ausgangsbedingungen und Ausrichtungen beider sowie dem Umstand absieht, dass erstere nunmehr zum etablierten politischen Spektrum gehören (43ff).

Memiş, Öneş & Kızılrımk thematisieren die Zeitarmut von Frauen (87) und

heben hervor, dass sich ihre Arbeitsbelastung bereits mit einer Eheschließung erhöht, noch bevor Kinder da sind. Wie Toksöz (63f) kommen sie zu dem Schluss, dass der Staat mit Maßnahmen zur Kinderbetreuung eingreifen müsse, um eine unabhängigkeitsichernde Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zu erhöhen. Zu Recht kritisieren mehrere Beiträge den Mangel an politischem Willen der gegenwärtigen Regierung zu solchen Maßnahmen (11, 125). Allerdings war, wie *Dedeoğlu* festhält, auch die EU-Gleichstellungspolitik nicht Selbstzweck, sondern durch Arbeitskräftebedarf motiviert gewesen (127).

Durch die Themenzusammenstellung und die hohe Qualität der 13 Beiträge entsteht ein dichtes, faktenreiches Kompendium. Hilfreich sind die vorangestellte Übersicht zu den verwendeten Tabellen, der Index und die gemeinsame Literaturliste, die wie ein feministischer Quellenkanon zum Themenkomplex wirkt. Mehrere Autorinnen gehören dem 2007 in der Türkei gegründeten frauenpolitischen Netzwerk KEİG (*Kadın Emeği ve İstihdam Girişimi*, dt. Initiative für Frauenarbeit und -beschäftigung; zur Entstehung vgl. *Dedeoğlu*, 133) an, dessen Expertise sich aus der v.a. in Ankara starken feministischen Sozialstaatsforschung und türkeiweiten Netzwerken feministischer Ökonominen speist. Übereinstimmend konstatieren die Beiträge, dass mit den Reformen in den Sektoren Gesundheit und sozialer Sicherung die Abhängigkeit vom Ehemann in eine vom Markt transformiert wurde. Die früheren Regelungen ließen Frauen besser dastehen, eben weil sie insgesamt mehr sozialen Ausgleich bedeuteten. Die Kommodifizierung von Sozial- und Gesundheitsleistungen wirkt

insgesamt negativ und vertieft auch die soziale Kluft zwischen den Geschlechtern (178). Die Transformation der Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt, Familie und *communities* (157), in deren Ergebnis der Staat von privaten Anbietern Sozial- und Gesundheitsleistungen kauft, z.B. bei der Behindertenpflege (144) oder der Rentenversicherung, stellte sich im Zusammenhang mit der familienärztlichen Versorgung zuerst noch als Schritt zu mehr Inklusion und Systematisierung dar (vgl. den Beitrag von *Tuba İ. Ağartan*, 155-172). Geschlechtersensible und Gleichstellungspolitiken gingen indes stets mit der sukzessiven Einführung von Marktmechanismen einher und produzieren „klassenspezifische Ergebnisse“ (130). Noch sekundär und auf Freiwilligkeit basierend, wurde private Versorgung zunächst für obere Einkommensschichten akzeptabel. Würde sie für alle alternativlos, so stünden weitere, geschlechts- und regionalspezifische Ausschlüsse bevor. Angesichts dessen wird als bedeutsam hervorgehoben, vorhandene öffentliche Gesundheitseinrichtungen in Betrieb zu halten (171, 184). Diese übergreifenden Erkenntnisse machen den Band für viele türkeibezogene Forschungsbereiche relevant. Entsprechend ist ihm eine breite Rezeption zu wünschen.

Freilich bleibt kritisch anzumerken: Die Beiträge stellen zwar globale Zusammenhänge her, bleiben aber hinsichtlich der Rolle internationaler Institutionen kursorisch. Durch Einzelbetrachtung von Vorgaben durch UN, EU oder IWF und Suggestivformulierungen an einigen Stellen (z.B. 53, 126, 171) kann sich eine verbreitete Auffassung reproduzieren, wonach diese Institutionen gegenüber einer autoritär

und klientelistisch geprägten Türkei demokratiefördernd wirken. Diese Auffassung sieht jedoch von strukturellen Grundlagen ab: Der Bruch mit dem staatlichen Protektionismus, aus dem das frühere Geschlechterarrangement herührte, war Voraussetzung für die türkische Marktöffnung wie auch für die EU-Annäherung. Er war 1980 nur um den Preis eines Putsches zu erreichen. Dieser Putsch führte durch Beschränkungen des politischen Handlungsspielraums zu einer nachhaltigen Schwächung politischer Kräfte, die soziale Rechte wirkungsvoll vertraten. Davon war und ist auch die Frauenbewegung betroffen, deren Bedeutung im Band verschiedentlich angesprochen wird (z.B. 45, 64). Die anlässlich der Kommunalwahlen im März 2014 erneuerte Zustimmung bedeutender Bevölkerungsteile zum Sozialkonservatismus der AKP kann gleichfalls als Folge der so initiierten gesellschaftlichen Umwälzungen verstanden werden. Dies konkreter zu thematisieren, würde der Feststellung eines mangelnden politischen Willens seitens der Regierung die Frage zur Seite stellen, welche Bewegungsspielräume für wirksame Sozialpolitik bestehen. Immerhin wurde die AKP eben dafür gelobt, dass sie u.a. geforderte Kürzungen bei Sozialausgaben erfolgreich umsetzen konnte. Jene soziale Desintegration, die Frauen ein Mehr an Sorgearbeit aufbürdet und immer weniger Freiheit zugesteht, ist der Preis dafür. Die Beiträge selbst geben vielfältige Ansatzpunkte für eine solche integrierende Betrachtungsweise – etwa wenn Toksöz von einer „Artikulation kapitalistischer Produktionsweise mit neoliberaler Wirtschaftspolitik“ spricht (64) oder *Şule Şahin & Adem Y. Elveren* hinsichtlich drastischer

Schlechterstellung von Frauen aufgrund von Teilzeitarbeit einen Vergleich mit zentraleuropäischen Ländern ziehen (236). Angesichts einer Krise auch der Gesundheits- und Sozialsysteme in Zentraleuropa könnte der hiermit aufgeworfene Fragekonnex die Hinweise dieser wertvollen Sammlung aufnehmen.

Corinna Eleonore Trogisch

Forschungsgruppe: „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld: transcript 2014, 304 Seiten

Die Debatte über die konkrete Ausgestaltung der Migrationspolitik ist in Europa seit langer Zeit ein umkämpftes Politikfeld. Nicht zuletzt die selbstorganisierten und vielfältigen Proteste von Flüchtlingen, u.a. in Berlin und Wien sowie die medial geführte Debatte darum, haben die Aktualität der Thematik, gerade in Krisenzeiten, dargelegt. Doch wie können die Kämpfe um die konkrete Ausgestaltung der Migrationspolitik analysiert und gefasst werden? Wie gestaltet sich die konkrete Migrationspolitik innerhalb der Europäischen Union?

Diesen Fragen widmet sich der vorliegende Sammelband. Er bündelt die zentralen Erkenntnisse des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes „Die Transnationalisierung des Staates im Prozess einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik“ und stellt nach dem 2012 veröffentlichten Forschungszwischenstand¹ nun den Abschlussbericht einer knapp vierjährigen Forschungsarbeit vor. Ziel des Buches ist es, die als „Re-Bordering“ bezeichneten Prozesse

einer „Gleichzeitigkeit von Grenzziehung und Grenzöffnung“ (17) auf Grundlage historisch-materialistischer Staatstheorie zu untersuchen. Dabei ist es der Forschungsgruppe gelungen, ein herausragendes Beispiel für die Funktionalität und Vielseitigkeit kritisch-materialistischer Theorie vorzulegen.

Bei der Lektüre fällt vor allem das methodische Vorgehen ins Auge, dessen Erläuterung auch den ersten Teil des Buches darstellt. Ausgangspunkt der Methodenentwicklung ist die Frage, wie kritisch-materialistische Staats- und Rechtstheorie empirisch operationalisiert werden kann. In Abgrenzung zum in den Internationalen Beziehungen hegemonialen Ansatz der *Governance-Forschung*, entwickeln die AutorInnen eine „historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA)“ (43). Deren zentrales Element sind die sogenannten „Hegemonieprojekte“ (44). In Anlehnung an neogramscianische Konzepte, welche von der Forschungsgruppe aufgegriffen und weiterentwickelt werden, verstehen die AutorInnen unter Hegemonieprojekten ein „Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen“, wobei die artikulierenden AkteurInnen „sich selbst nicht als Teil eines ‘gemeinsamen Projekts begreifen müssen’“ (46). So können in „Hegemonieprojekten eine tendenziell unendliche Anzahl von Handlungen, Praktiken und Taktiken zahlloser AkteurInnen gebündelt und zusammengefasst“ (46) werden. Durch die Konzentration auf die Strategien soll vermieden werden, „das Handeln von AkteurInnen ‘objektiv’ aus ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Herrschaftsstruktur abzuleiten“. Außerdem wird dadurch eine empirische Nachweisbarkeit ermöglicht. Hegemonieprojekte sind demnach in

Abgrenzung zur Konzeption der „hegemonialen Projekte“⁴² nicht als Projekte im engeren Sinne zu verstehen, sondern vielmehr als eine „Aggregation von Strategien, mit denen bestimmte Kräfte auf spezifische historische Situationen rekursiv [...] reagieren“ (47) und als ein gemeinsames Hegemonieprojekt selbst „begrenzte, konkrete politische Vorhaben durchsetzen, die [...] als ‘politische Projekte’ bezeichne[t]“ (48) werden.

Ausgangspunkt der HMPA ist somit der Versuch, politische Konflikte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen „aus materialistischer Sicht“ (53) empirisch zu analysieren und verschiedene Strategien und ihre AkteurInnen herauszuarbeiten. So gliedert sich die HMPA in drei Schritte: „Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse“ (53). Während es in der Kontextanalyse darum geht, den „historisch-dynamischen und strukturellen Kontext des jeweils untersuchten Konfliktes“ (54) herauszuarbeiten, dient die Akteursanalyse der Untersuchung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte und politischen AkteurInnen mitsamt ihrer unterschiedlichen und gegensätzlichen Strategien, welche zu einem Hegemonieprojekt aggregiert werden. Die Prozessanalyse schließlich „rekonstruiert die komplexen Kampfprozesse, in denen sich der Konflikt durch verschiedene Phasen entwickelt“ (58). Ziel ist es, „Herrschaftsverhältnisse und die mit ihnen verbundenen Politiken herauszuarbeiten und zu kritisieren“ (10).

In Bezug auf die „Kämpfe um Migrationspolitik in Europa und dem Prozess der europäischen Integration“ (61) illustrieren die Autoren ihr methodisches Vorgehen und konzeptualisieren fünf unterschiedliche Hegemonieprojekte, welche unterschiedliche Ziele verfolgen:

„ein neoliberales, ein konservatives, ein national-soziales und ein proeuropäisch-soziales sowie ein linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt“ (64). In der Krise des Fordismus konnte das neoliberale Hegemonieprojekt, so die AutorInnen, durch die hegemoniale Durchsetzung des politischen Projekts „Migrationsmanagement“ eine „strategische Neuausrichtung der Migrationspolitik in Europa“ (81) verwirklichen, indem der Diskurs über Migration neoliberal gerahmt und mit einer „ökonomischen Rationalität“ (81) verbunden wurde. Unter der Vorherrschaft des neoliberalen Hegemonieprojektes sei es somit zu „einem strategischen Bruch mit dem nationalen Staatsprojekt des Fordismus“ gekommen. Damit müsse die Transnationalisierung der Migrationspolitik als „skalare Exit-Strategie aus der Krise des Fordismus verstanden werden, deren Effekt die Herausbildung eines multiskalaren europäischen Staatsapparate-Ensembles ist“ (83).

Die Erkenntnisse dieser Analyse sowie die HMPA stellt anschließend die Grundlage der weiteren Untersuchungen von Kämpfen um Migrationspolitik in Europa dar. So folgen der methodisch-theoretischen Erläuterung drei Länderstudien zur Migrationspolitik in Deutschland, Großbritannien und Spanien sowie weitere Beiträge zur Dublin-II-Verordnung, Frontex, der Verrechtlichung von Grenzen am Beispiel des Hirsi-Falls, zu *Care*-Arbeitsverhältnissen in Spanien sowie zur Beziehung zwischen Arbeitskraft- und Migrationspolitik in der Europäischen Union am Beispiel der europäischen *Blue Card*. Abgerundet wird das Buch durch eine kurze Bilanzierung und Reflexion der eigenen Forschungsarbeit, welcher nach

eigenen Angaben „die Krise dazwischen“ (248) kam. Außerdem untersucht es die Auswirkungen der Krisen auf das Projekt Migrationsmanagement sowie die aktuellen Krisenkonstellationen. In dieser Krise scheint auch der Grund dafür zu liegen, weshalb für die Länderstudien nicht auch Staaten wie Griechenland oder Italien analysiert wurden, welche derzeit besonders das Ziel von geflüchteten Menschen in der EU sind.

Insgesamt stellt der Band einen herausragenden Beitrag zur „Entstehung eines europäischen Staatsapparate-Ensembles“ (38) im Kontext der Migrationspolitik dar. Darüber hinaus jedoch kann die darin erarbeitete methodische Vorgehensweise auch für andere Forschungsgebiete, wie etwa die „Gesundheits-, Währungs- oder Sozialpolitik“ (256), als wegweisend gelten. Durch die Konzentration auf die Strategien spezifischer AkteurInnen in bestimmten politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist es gelungen, ein weitreichendes Instrument für die kritisch-materialistische empirische Forschung zu entwickeln. Jedoch stellt sich die Frage, ob die Bezeichnung „Hegemonieprojekt“ bei der schon vielfältigen Benutzung des Begriffes „Projekts“ in der kritischen Europaforschung sinnvoll ist: Möglicherweise wäre die Wahl eines anderen Begriffes zu einer schärferen Abgrenzung und einer besseren Unterscheidbarkeit in der wissenschaftlichen Debatte besser geeignet gewesen.

Dennoch liefert das Buch sehr eindrucksvoll und anhand einer Vielzahl empirischer-analytischer Arbeiten wichtige Argumente zur wissenschaftlichen Debatte um die europäische Migrationspolitik sowie ein herausragendes methodisches Instrument zur Analyse

von Kräfteverhältnissen und Strategien innerhalb eines gesellschaftlichen und politischen Konfliktfeldes. So ist es ebenfalls ein signifikanter Beitrag zur Methodenentwicklung kritischer Forschung.

Felix Syrovatka

Anmerkungen

- ¹ Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (2012): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster.
- ² Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster.

Holger Stoecker, Thomas Schnalke & Andreas Winkelmann (Hg.): *Sammeln, Erforschen, Zurückgeben? Menschliche Gebeine in akademischen und musealen Sammlungen*. Berlin: Ch. Links 2013, 525 Seiten

Die aufgrund des Verhaltens der Bundesregierung teils skandalösen Umstände, unter denen im September/Okttober 2011 eine erste Gruppe von während der deutschen Kolonialzeit aus Namibia verschleppten Schädeln von der Berliner Charité zurückgegeben wurden, haben zumindest momentan größere Teile einer kritischen Öffentlichkeit auch in Deutschland für die Problematik menschlicher Überreste (*human remains*) in wissenschaftlichen Institutionen und Museen sensibilisiert. Der vorliegende Band geht auf eine Tagung zurück, die etwa ein Jahr später in der Charité stattfand, um Fragen des Umgangs, der Provenienzforschung und der Restitution in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Diese Tagung ebenso wie die vorliegende eindrucksvolle Publikation stehen im

Kontext des Forschungsprojektes, das an der Charité durchgeführt wurde, um die Restitution der 20 im Jahr 2011 übergebenen und 35 weiterer Schädel zu ermöglichen und vorzubereiten.

In insgesamt 25 Einzelbeiträgen informiert der Band zunächst über die Gründe, Strategien und Prozesse des Sammelns menschlicher Überreste, die sich seit der Aufklärung vom westlichen Europa zunehmend in die sich herausbildende Kolonialsphäre ausweiteten und über Formen des Evolutionismus um die Wende zum 20. Jahrhundert in verschiedene Spielarten der Rassenkunde einmündeten. Der erste Teil behandelt „Sammler und Sammlungen“. Deutschland und insbesondere Berlin waren Zentren der „Sammelwut“ wie auch der Bestrebungen, anhand der menschlichen Überreste, zumal von Tausenden von Schädeln, evolutionsgeschichtliche Fragen aufzuklären, zugleich aber auch die Überlegenheit der „weißen Rasse“ nachzuweisen – wie sich zeigt, schon damals ohne letzte Überzeugungskraft. Ein zweiter großer Block stellt die unterschiedlichen Probleme und Methoden der Provenienzforschung dar. Dabei steht das Verhältnis zwischen weitgehend textbasierten historischen Methoden einerseits, naturwissenschaftlichen Herangehensweisen andererseits im Mittelpunkt. Zwar wird deutlich, dass beide ehestens komplementär angewendet werden können, doch stößt dies auf die Grenzen des verfügbaren Materials, nicht zuletzt aufgrund der einschneidenden, meist kriegsbedingten Verluste in den relevanten Archiven. Zugleich ist unter den naturwissenschaftlichen Methoden zwischen nicht-invasiven Vorgehensweisen, bei denen die menschlichen Überreste intakt bleiben, und invasiven zu

unterscheiden, die Knochenmaterial für Isotopen- und DNA-Analysen vernutzen. Deutlich wird ferner, dass die Darstellung naturwissenschaftlicher Methoden mit der Perspektive einhergeht, unbeschadet von Restitutionsverfahren bestehende Sammlungen insbesondere zu populationsbiologischen Zwecken auch weiter zu nutzen, wenn erst die ethischen Fragen geklärt seien, die dem heute im Wege stehen. In einem dritten Teil werden zunächst allgemeine, auch international gültige Normen der Restitution und des Umgangs mit menschlichen Überresten umrissen und dann exemplarische Fälle dargestellt. Dabei stehen Restitutionen in das Südliche Afrika und nach Australien sowie Neuseeland im Vordergrund.

Es entsteht so ein facettenreicher, instruktiver Überblick sowohl über die Sammlungen in Berlin und Freiburg i.B. und ihre Geschichte, die bisher im Zentrum der Restitutionsdiskussion in Deutschland stehen, als auch um die Bedeutung des Sammelns, des Beforschens und des Zurückgebens menschlicher Überreste. Die Art und Weise, wie „Rasse“-Forscher oder heute an der Provenienzforschung Beteiligte, Museumsleute, Politiker und Politikerinnen, Angehörige indigener Gruppen oder solche, die Solidarität mit ihnen zeigen wollen, sich auf diese menschlichen Überreste beziehen, weist unvermeidlich entscheidende Unterschiede auf. Es geht zunächst um die Transformation menschlicher Körper in objektivierte, allermeist anonymisierte und mehr oder weniger willkürlich einkategorisierte Gegenstände einer Forschung, die ihrerseits darauf aus war, menschliche „Rassen“ durch vergleichende Studien zu unterscheiden und zumal nach evolutionistischen Kriterien als mehr oder weniger fortgeschritten zu

bewerten. Die bereits immanenten Fallstricke und Fehlleistungen eines solchen Unterfangens zeigt *Thomas Schnalke* in eindrucksvoller Weise auf. Ohne dass dies hier ausdrücklich reflektiert würde, kommt dieser Beitrag auch dem Anliegen zumindest namibischer Angehöriger betroffener Gruppen entgegen, die offensiv nach den Ergebnissen der Forschungen fragen, die mit den entführten Leichenteilen angestellt wurden. Das vor allem in Beiträgen des dritten Teils immer wieder zur Sprache kommende, wohl noch zentralere Anliegen von Angehörigen solcher Gruppen, die mit der Restitution verbundene Umkehrung der Transformation der menschlichen Person oder doch ihres Körpers, ihre Ent-Objektivierung oder Re-Subjektivierung, ja „Re-Humanisierung“, wie dies in einem Dokument der südafrikanischen Botschaft in Wien formuliert wird (zit. 275), möge bis zur Identifizierung nicht nur der regionalen oder ethnischen Herkunft, sondern auch der Einzelperson vorangetrieben werden, muss in aller Regel unerfüllt bleiben. Die Gründe werden in mehreren Beiträgen detailreich dargelegt, laufen jedoch im Prinzip der Objektivierung zusammen, der Konstituierung von Toten als Forschungsobjekten, die im Prinzip gleichgültig war gegenüber der Person und selbst – wie wiederholt deutlich wird – paradoxerweise in manchen Fällen auch gegenüber ihrer Herkunftsethnie.

Die Fallbeispiele aus Deutschland und Österreich, die in dem Band vorgestellt werden, belegen nicht nur unterschiedliche Formen, in denen die Anliegen der Restitution berücksichtigt wurden oder aber uneingelöst blieben. Zugleich werden sehr unterschiedliche Strategien, Einstellungen und Verhaltensweisen auf

Seiten der restituierenden Institutionen deutlich. Dazu gehören nicht zuletzt Anstöße durch Interventionen, die punktuell ein größeres Maß an Öffentlichkeit schaffen, als postkolonialen Problemen und Fragestellungen gemeinhin zuteil wird. Da eine Reihe der auf Seiten der restituierenden Institutionen beteiligten Akteurinnen und Akteure hier selbst zu Wort kommen, lassen sich die Herangehensweisen auch da erschließen, wo Kontroversen eher implizit angesprochen bleiben. Ausdrücklich auf Konfrontationskurs geht *Markus Schindlbeck*, der ebenfalls im Band vertretenen Kritikerinnen kolonialer Sammlungspraktiken vorhält, allzu pauschalisierend zu argumentieren und dem die Tagebücher des Reisenden Adolf Roesicke entgegensetzt, der 1912/13 am Sepik massenweise regionaltypisch modellierte Schädel sammelte, meist im Tausch gegen Handelswaren. Hieraus ein glaubwürdiges Plädoyer für eine Einschränkung von Restitutionen zu machen, wäre vorschnell, wie *Gesine Krüger* eher nebenbei in ihrem überaus lesenswerten Schlusswort zu diesem Band deutlich macht: Das Verständnis von Quellen hat deren Kritik und Kontextualisierung zur Voraussetzung. Darüber hinaus gelingt es der Autorin, wesentliche Dimensionen der „Knochen im Transfer“ – so ihr Titel – noch einmal zusammenzufassen, insbesondere die bezeichneten Bedeutungswechsel auf dem Weg vom wissenschaftlichen Objekt nicht allein zum toten Körper, sondern – wie hinzuzufügen ist – zumindest in manchen Fällen zum Ahnen, dem nicht allein Verehrung gilt, sondern der für erinnerte Kämpfe und Leiden einsteht.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

- Barnard, Rita (Hg.): *The Cambridge Companion to Nelson Mandela*. Cambridge: CUP 2014, 349 S.
ISBN: 9781107600959
- Basler Afrika Bibliographien: *2013 Jahresbericht – 2013 Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2014, 69 S.
ISSN: 1424-2931
- Bedall, Philip: *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus. Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*. Bielefeld: transcript 2014, 460 S.
ISBN: 9783837628067
- Braun, Markus: *Völkermord verjährt nicht. Kommentar zum EKD-Studienprozess zum kolonialen südlichen Afrika*. Berlin: Wichern-Verlag 2014 (= Berliner Beiträge zur Missionsgeschichte, Bd. 17), 93 S.
ISBN 9783889813862
- Buckel, Sonja: *“Welcome to Europe” – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das “Staatsprojekt Europa”*. Bielefeld: transcript 2013 (= Kultur und soziale Praxis), 372 S.
ISBN: 9783837624861
- Cubela, Slave: *Klasse gemacht! Beiträge zur Aktualität der Klassentheorie*. Wien: Mandelbaum 2014, 160 S.
ISBN: 9783854766346
- Decker, Oliver; Johannes Kiess & Elmar Brähler: *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial-Verlag 2013, 227 S.
ISBN 9783837922943
- Dimbath, Oliver: *Oblivionismus. Vergessen und Vergesslichkeit in der modernen Wissenschaft*. München: UVK 2014, 354 S.
ISBN 9783867644938
- Dobler, Gregor: *Traders and Trade in Colonial Ovamboland. Elite Formation and the Politics of Consumption under Indirect Rule and Apartheid, 1925-1990*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2014, xxx + 248 S.
ISBN 9783905758405
- Fiddian-Qasimiyeh, Elena; Gil Loesch; Katy Long & Nando Sigona (Hg.): *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*. Oxford: OUP 2014 (= Oxford Handbooks in Politics & International Relations), 784 S.
ISBN: 9780199652433
- Ganahl, Joseph Patrick: *Corruption, Good Governance, and the African State. A Critical Analysis of the Political-Economic Foundations of Corruption in Sub-Saharan Africa*. Potsdam: Potsdam University Press 2013, 300 S.
ISBN 9783869562483
- Hammerl, Christa, & Ilja Steffebauer (Hg.): *Naturkatastrophen. Dramatische Naturereignisse aus kulturwissenschaftlicher Perspektive*. Wien: Mandelbaum 2014, 200 S.
ISBN: 9783854764434
- Husa, Karl; Heinz Nissel & Helmut Wohlschlägl (Hg.): *Südost- und Südasiens. Demographische, soziale und regionale Transformationen*. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien 2011, 600 S.
ISBN 9783900830748
- Jordan, Rolf, & Gunnar Stange (Hg.): *Aktuelle Herausforderungen der internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit in Südostasien. Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklung im Diskurs*. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien 2012, 178 S.
ISBN 9783900830816
- Kaufmann, Stephan, & Ingo Stützle: *Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys “Das Kapital im 21. Jahrhundert” – Einführung, Debatte, Kritik*. Berlin: Bertz + Fischer 2014, 112 S.
ISBN: 9783865057303
- Kolnberger, Thomas: *Zwischen Planung und spontaner Ordnung - Stadtentwicklung von Phnom Penh 1860 bis 2010*. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien 2014, 540 S.
ISBN 9783900830830
- Leiner, Martin; Maria Palme & Peggy Stücker (Hg.): *Societies in Transition. Sub-Saharan Africa between Conflict and Reconciliation*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, 242 S.
ISBN 9783525560181
- Müller, Tanja R.: *Legacies of Socialist Solidarity. East Germany in Mozambique*. Lanham u.a.: Lexington Books 2014, 222 S.
ISBN: 9780739179420
- Mupepele, Pascal Nkoba: *Die Entwicklungshilfe aus philosophischer Sicht. Ein aristotelischer Ansatz*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2014, 273 S.
ISBN 9783826054457
- XI [Odinnadcatie]: *Plechanovskie čteníja: Rossiija v geopolitičeskoj situacii 1914-1918 gg. Materialy k konferencii 30 maja- 1 ijunija 2014g.* Sankt-Peterburg: Rossijskaja nacional'naja biblioteka 2014, 114 S.
ISBN 9785819204702

- Oßenbrügge, Jürgen, & Anne Vogelpohl (Hg.): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2014, 350 S.
ISBN: 9783896919649
- Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck 2014, 816 S.
ISBN: 9783406671319
- Sinder, Rike: *Fremde Freiheit. Islamistischer Freiheitsbegriff und feministische Theorie*. Freiburg i.B.: Arnold-Bergstraesser-Institut 2014, 207 S.
ISBN 9783928597685
- Sylla, Ndongo Samba (Hg.): *Liberalism and its Discontents: Social Movements in West Africa*. Ohne Ort: CreateSpace 2014, 488 S.
ISBN: 9781499324754
- Tönsjost, Silke: *Umverteilung und Egalität. Kapital und Konsummuster bei Ovaherero-Pastoralisten in Namibia*. Münster: Lit 2013 (Kölner ethnologische Studien, Bd. 35), 272 S.
ISBN: 9783643122407
- van der Heyden, Ulrich: *GDR. International Development Policy Involvement. Doctrine and Strategies between Illusions and Reality 1960-1990. The example (South) Africa*. Zürich & Berlin: Lit 2014, 316 S.
ISBN 9783643904218
- Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte*. Frankfurt a.M.: Campus 2013, 524 S.
ISBN: 9783593398112

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

309 Kritisch-literarische Praxis

D. MANOTTI: Schreiben, um zu verstehen

W. SCHMIDT: *Die Ästhetik des Widerstands* als Suche nach einer Haltung heute

R. COHEN: Gesicht und Maske.

V. Brauns *Arbeitsbuch 1990-2008*

V. BRAUN: Werktage

W. F. HAUG: »Vieles lügen die Dichter«. Ein Exkurs in die Archäologie von Literatur

K. H. GÖTZE: Über einige Versuche Brechts, die Lüge zu erkunden

O. K. WERCKMEISTER: Benjamin, sonst nichts. Zur Kunstwerk-Neuausgabe

P. Boden: Zur Geschichte der *Ästhetischen Grundbegriffe*

N. SCHNEIDER: Mimesis und Realismus. Metschers Philosophie der Kunst

U. SCHRÖTER: Experte für »Alltag und Herrschaft in der DDR«?

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

www.inkrit.org/argument

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o S. Müller
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg
Tel: 040-5543 5506 · argument@inkrit.org